

Tschechische Republik

Kristina Larischová

Die komfortable Mehrheit der liberal-konservativen Regierung von Bürgerdemokraten (ODS), Tradition-Verantwortung-Prosperität-09 (TOP09) und Öffentlichen Angelegenheiten (VV) mit Petr Neas (ODS) an der Spitze ging durch die Spaltung der VV im April 2012 verloren. Nachfolger der in der Europa- und Außenpolitik wenig profilierten VV in der Regierung wurde die neue liberal-demokratische Partei LIDEM unter Führung von Vize-Ministerpräsidentin Peake, der es gelungen ist, eine Mehrheit der früheren VV-Abgeordneten für die Fortsetzung des Koalitionsprojekts zu gewinnen (seitdem 105 von 200 Stimmen).

Das Kabinett, das sich selbst als Regierung der Haushaltsverantwortung definiert und auch den Kampf gegen Korruption zu ihren Prioritäten zählt, war von Anfang an mit der fehlenden Solidität der Partei VV, zahlreichen Korruptionsaffären und mangelndem europapolitischen Konsens konfrontiert. Die Pensions-, Gesundheits-, Sozial- und Steuerreform stehen gemeinsam mit den umstrittenen Kirchenrestitutionen auf der Agenda und rufen Kritik nicht nur der Opposition (der Sozialdemokraten und der Kommunisten), sondern auch der Bürgergesellschaft hervor. Die Abstimmungsmaschinerie und die fehlende Bereitschaft der Regierung mit der Opposition und den Sozialpartnern zu verhandeln, lösten Spekulationen über die Rolle diverser Lobbyorganisationen aus. Die Gefährdung des sozialen Friedens hat am 21. April in Prag eine gewerkschaftlich organisierte Demonstration mit 100.000 Teilnehmern angekündigt. Die Regierung reduzierte ihre Wirtschaftspolitik auf Ausgabenkürzungen, verzichtete auf Wachstumsimpulse und hat sich ganz auf die Exportleistung verlassen. Das BIP-Wachstum im Jahr 2011 blieb bei 1,7%, im Jahr 2012 wird es sogar negativ sein. Das drastische öffentliche Sparen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer einerseits und politische Korruptionsaffären andererseits trugen dazu bei, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung im April auf das Rekordtief von 16% gesunken ist.

Die Verhaftung des mittelböhmischen Landeshauptmanns und Abgeordneten Rath, einer der prominentesten sozialdemokratischen Politiker, wegen einer Bestechungsaffäre weckte im Mai die Hoffnung auf eine aktivere Bekämpfung der Korruption in hohen Politiketagen. Im Juni entflammte eine weitere politische Causa, als die Polizei die Auslieferung der stellvertretenden Parlamentspräsidentin (und Ex-Verteidigungsministerin) Parkanová (TOP09) wegen des überbeuerten Ankauf von Militärflugzeugen forderte.

Eine Spaltung in der Frage der „finalité politique“ der EU besteht nicht nur zwischen Koalition und Opposition, sondern auch innerhalb der Regierung, was die Vorhersehbarkeit und Interpretation der Europapolitik deutlich erschwert. Die euroskeptische ODS spielt in der Europapolitik eine dominante Rolle, der euroskeptische Präsident Klaus (Gründer der ODS) gestaltet offensiv den öffentlichen Diskurs. Der pro-europäische Außenminister Schwarzenberg (Vorsitzender der TOP09) bleibt dabei wenig sichtbar. Die zunehmende Europaskepsis¹ ist nicht zuletzt auf die mehrheitlich undifferenziert EU-kritischen Medien

1 Vgl. Special Eurobarometer 379 vom April 2012. Nur 52% der Tschechen sind froh, in der EU zu leben – das ist der drittniedrigste Wert nach Ungarn und Griechenland.

zurückzuführen. Laut einer Umfrage im April hat das Projekt des vereinten Europa nach Meinung der Mehrheit der Tschechen keine Zukunft.²

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen ODS und TOP09 in der Europapolitik mündeten in eine institutionelle Spaltung. Ende August 2011 wurde die neue Funktion eines Staatssekretärs für die EU im Regierungsamt errichtet, was heftige Proteste des Außenministers auslöste. Das Außenministerium hat daraufhin einen eigenen EU-Staatssekretärsposten ins Leben gerufen. Die Arbeitsteilung zwischen dem Außenministerium, dem Ministerpräsidenten und seinem Regierungsamt, dem Parlament und dem Präsidenten bleibt oft unklar. Es fehlt daher eine Koordinierung der Bemühungen um eine aktivere Rolle in der EU.

Die ODS zieht die intergouvernementale Methode dem kommunitären Prinzip vor, weil diese die staatliche Souveränität besser bewahre. Die Schlüsselrolle soll künftig der Europäische Rat spielen, wobei die Europäische Kommission und das Europäische Parlament mit Misstrauen verfolgt werden. Als jedoch Paris und Berlin bei der Krisenbewältigung intergouvernemental agierten, wurde dies von den tschechischen Euroskeptikern ebenfalls kritisiert. Wiederholt beschwerte sich Petr Neas darüber, dass kleinere EU-Länder bei den großen Gipfeln vor vollendete Tatsachen gestellt würden.

Auf Druck Brüssels und der Sozialdemokraten, die im Oberhaus des Parlaments, dem Senat, die Mehrheit haben, hat sich die Regierung im Oktober entschlossen, die Abstimmung über die tschechische Ausnahmeklausel zur Grundrechtecharta (die Václav Klaus durchgesetzt hatte) und die Abstimmung zum kroatischen EU-Beitritt voneinander zu trennen. Während der Beitritt Kroatiens Ende Juni ratifiziert wurde, könnte das „Opt-out“ im Zusatzprotokoll zum Vertrag von Lissabon im Senat scheitern.

Prag vertritt eine skeptische Haltung gegenüber der gemeinsamen EU-Außenpolitik. Konflikte über die gemeinsamen EU-Positionen sind nicht üblich, wobei aber die undifferenziert pro-israelische Politik Prags ins Auge fällt. Das Ignorieren der Rolle der EU in der Sicherheitspolitik ist auf die Dominanz der Transatlantiker in der Regierung zurückzuführen. Tschechien war wenig erfolgreich in der Besetzung von Spitzenpositionen im diplomatischen Dienst der EU. Ein diplomatischer Erfolg der Regierung war die Stationierung von Galileo in Prag.

Nein zum Fiskalpakt

Nachdem die Regierung im Januar dem Internationalen Währungsfonds zähneknirschend einen Kredit gebilligt hatte, traf sie kurz danach mit der Ablehnung des Fiskalpakts eine völlig konträre Entscheidung. Nachdem auch Schweden und Ungarn, die früher den Euro-Plus-Pakt ebenfalls abgelehnt hatten, sich dem Fiskalpakt angeschlossen hatten, wurde die Erklärungsnot für Neas groß. Offensichtlich wurden nachträglich Argumente gesucht, um zu begründen, dass Tschechien gemeinsam mit Großbritannien im Abseits bleibt. Prag hat jedoch einen späteren Beitritt zum Fiskalpakt nicht ausgeschlossen. Es bereitet eine eigene Schuldenbremse vor, die 2014 in Kraft treten soll. Daher ist es schwer zu verstehen, warum sich die „Regierung der Haushaltsverantwortung“ dem europäischen Fiskalpakt nicht angeschlossen hat. Die überraschende Ablehnung des Pakts löste eine öffentliche Debatte über die Zugehörigkeit zum Kern oder zur Peripherie der EU aus, wobei TOP09 sowie die Sozialdemokraten den Regierungschef heftig kritisierten.

2 Vgl. CVVM-Umfrage Názory obyvatel na integraci EU – duben 2012, www.cvvm.cas.cz.

Laut Regierungschef nannte drei Gründe, warum Tschechien den Fiskalpakt nicht unterschrieben hat: a) Unklarheiten über die Ratifizierung des Vertrags, b) Tschechien dürfe als nicht Euro-Staat nicht an allen Eurogipfeln teilnehmen und c) der Vertrag berücksichtige die Gesamtverschuldung der Länder nur ungenügend. Neas' Argumentation³ zugunsten eines Europa à la carte steht im Widerspruch zur Feststellung, dass Tschechien von der Stabilität des Euro abhängig sei.

Laut Neas sei die EU immer ein politisches Projekt gewesen,⁴ wobei eine Vollendung des Binnenmarkts die wichtigste aktuelle Aufgabe sei, und nicht etwa die fiskalpolitische Integration. Ministerpräsident Neas sieht ein Europa mehrerer Geschwindigkeiten als nicht aufzuhaltende Entwicklung der EU. Eine Föderalisierung der Eurozone sei jedoch nicht im Interesse Tschechiens. Der Eurobeitritt wird deshalb in Frage gestellt, zumal ein Souveränitätsverzicht inakzeptabel sei. Erst nach einer Volksabstimmung zum Eurobeitritt würde der Fiskalpakt auch für Tschechien gelten. Neas hat somit die negative öffentliche Einstellung zum Euro⁵ sowie den euroskeptischen Flügel seiner Partei befriedigt. Staatspräsident Klaus forderte sogar ein Opt-out aus der Pflicht, dem Euro beizutreten. Die Regierung Neas lehnte das zwar ab, weigerte sich jedoch mit Hinweis auf die bisher nicht erreichten Maastricht-Kriterien ein konkretes Beitrittsdatum zu nennen.

Die Regierung lehnt eine Steuerharmonisierung und eine Finanztransaktionssteuer ab und ist skeptisch gegenüber Eurobonds und einer gemeinsamen Bankenaufsicht. Insgesamt wurde die tschechische Stimme bei den wichtigsten Punkten der aktuellen EU-Agenda – der Eurokrise und dem Haushalt 2014-2020 – deutlich geschwächt.

Die EU-Förderprogramme

Für das Jahr 2011 belief sich die tschechische Nettozahlerposition auf 1,23 Mrd. Euro, was eine deutliche Verschlechterung (etwa 64%) gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Die Europäische Kommission mahnte Prag wegen der Konzeption der Förderprogramme (zu hohe Anzahl der Operationsprogramme), mangelnder Unabhängigkeit der Buchprüfer sowie Zweifeln an der Rechtmäßigkeit von Auftragsvergaben und der Qualifikation der Verwaltungsangestellten. Brüssel hatte im März mit der kompletten Einstellung der Zahlungen aus EU-Mitteln gedroht, falls es Tschechien nicht gelingt, bis Juni 2012 die Kontrolle zu verbessern und eine unabhängige Prüfung der Förderprogramme zu garantieren. Daraufhin hatte Prag mit der Kommission eine Vereinbarung getroffen: Tschechien würde die Anträge auf Mittel bis Juni vorübergehend aussetzen und die Kommission würde Prag daraufhin im Gegenzug mehr Zeit zur Beseitigung der Mängel gewähren. Der drohende Stopp der EU-Gelder wurde damit aufgeschoben. Die Koordinierung des Abrufens von EU-Mitteln zwischen der Regierung und den Regionen war problematisch, da die Regionen (mit Ausnahme von Prag) von der oppositionellen sozialdemokratischen Partei regiert werden. Ebenfalls negativ auf die EU-Förderpolitik wirkt sich die Tatsache aus, dass Tschechien das einzige EU-Mitglied bleibt, das über kein Staatsdienstgesetz verfügt.

3 Neas, Petr, in *Lidové noviny*, 2.1.2012.

4 Zehn Thesen des Ministerpräsidenten zur Zukunft Europas, 3.4.2012, <http://www.vlada.cz/cz/clenove-vlady/premier/vyznamne-projevy/prednaska-premiera-petra-necase-na-pravnicke-fakulte-univerzity-karlovy-94293/>.

5 Im April 2012 hat die Ablehnung des Euro mit drei Vierteln der Befragten einen historischen Tiefstand erreicht. Vgl. CVVM-Umfrage Obané o pijetí eura – duben 2012, www.cvvm.cas.cz.

Petr Neas hat den Abruf von EU-Fördermitteln zur Chefsache erklärt und Ende März seinen Aktionsplan zur Verbesserung des Leitungs- und Kontrollsystems für die Strukturfonds vorgestellt. Das Ministerium für Regionalentwicklung, das die Nutzung von EU-Geldern koordiniert, hat eine Zentralisierung der Finanzprüfungen aller Programme im Finanzministerium angekündigt. Doch der Versuch, durch ein Zentralaudit die Lage zu retten, war wenig erfolgreich. Im Mai hat der Europäische Rechnungshof einen Bericht zur Prüfung des Managements und der Kontrollsysteme nach Prag geschickt, in dem er die Arbeit des Finanzministeriums kritisch bewertet. Die festgestellten Mängel in den überprüften Projekten deuteten an, dass das Finanzministerium die Prüfungsergebnisse gezielt manipuliere, damit der Fehleranteil im Jahresbericht unter der zulässigen Grenze von zwei Prozent liege.⁶ Der Rechnungshof bezeichnete als häufigsten Fehler die Manipulation bei öffentlichen Ausschreibungen. Ende Juni hat das Ministerium für Regionalentwicklung die Erfüllung des Aktionsplans zur Behebung der Fehler gemeldet. Sollte die Kommission bis Ende 2012 den Stopp aller EU-Gelder nicht aufheben, so könnte das für das Land eine Neuverschuldung von bis zu 6% des Bruttoinlandsprodukts bedeuten. Ziel der Regierung sind indes 3%.

Das Problem erschwert auch die tschechische Position bei den kommenden Verhandlungen für den nächsten EU-Haushalt für die Jahre 2014 bis 2020. Die Regierung hat im November überraschend ihre Verhandlungsposition zum neuen EU-Haushalt geändert, indem sie die pragmatische Linie verlassen und die Gruppe der Nettozahler unterstützt hat. Laut Prag sollte der EU-Haushalt in erster Linie der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, dem Wachstum und der Kohäsion innerhalb der EU dienen. Einsparungsmöglichkeiten sieht man im Bereich der EU-Agrarpolitik. Die Errichtung eines gesamteuropäischen Fonds für die Infrastrukturentwicklung wird als Risiko für den Kohäsionsfonds gewertet, was das Abrufen von Mitteln zusätzlich erschweren würde.

Zwei Chancen vertan

Die zwei größten Chancen der EU-Mitgliedschaft, eine nachhaltige und effiziente Nutzung der EU-Mittel einerseits sowie eine aktive Partizipation am politischen Gestaltungsprozess in der krisengeschüttelten EU andererseits, scheint Tschechien nicht genutzt zu haben. Die für die Bevölkerung schmerzhaften Sparmaßnahmen der Regierung werden insbesondere durch den mangelhaften Abruf von EU-Mitteln radikal in Frage gestellt. Prag hat es versäumt, eine konzeptionelle Europapolitik zu verfolgen und einen positiven Beitrag zur Überwindung der Eurokrise zu leisten. Die Folgen sind eine fortschreitende Selbstmarginalisierung in Europa und eine Begrenzung der De-Facto-Souveränität im Sinne realer Mitbestimmung. Der einleitende Satz des Regierungsprogramms zur EU, „Die Tschechische Republik wird eine selbstbewusste, aktive und lesbare Politik betreiben“, blieb insofern unerfüllt.⁷

Weiterführende Literatur

Vít Stítecký a kol.: eská zahraniční politika: mezi politickým (ne)zájmem a byrokratickou efektivitou. IIR, Prag 2011.

David Král: Why the Czechs did not sign up to the fiscal treaty, in: EPIN Commentaries, No. 9, 7 February 2012.

6 Holub, Petr: eši zatajili Bruselu 40 procent zfušovaných projekt, in: Aktuáln.cz, 25.5.2012.

7 Koalitionsvertrag, Programmteil, 10.4.2012, <http://www.vlada.cz/cz/media-centrum/dulezite-dokumenty/koalicioni-smlouva---programova-cast--10--dubna-2012-95117/>.